

EINWOHNERRAT BRUGG

P P R O T O K O L L

zur Sitzung des Einwohnerrates auf
Freitag, 3. Mai 2024, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Peter Friedli (FDP) aufgrund der Wahl von Yvonne Buchwalder-Keller als Mitglied des Stadtrates
2. Wahl Mitglied der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 aufgrund der Wahl von Yvonne Buchwalder-Keller als Mitglied des Stadtrates
3. Einbürgerungen
4. Planungskredit für die Gebietsentwicklung Schulthess-Allee und Annerstrasse
5. Schützenmatt; Strassensanierung, Erneuerung Schmutz-/Sauberwasserleitung
6. Prüfung der Einführung einer öffentlichen Tagesschule
7. Motion Titus Meier betreffend Sammlungsauftrag für Brugger Literatur «Bruggensia» durch die Stadtbibliothek (wird vom Stadtrat abgelehnt)
8. Motion Titus Meier betreffend Anpassung des Reglements der Stadtbibliothek (wird vom Stadtrat abgelehnt)
9. Postulat Titus Meier betreffend Zurückholen der verschenkten Brugger Bücher (wird vom Stadtrat abgelehnt)
10. Postulat Pascal Ammann, Alexandra Dahinden, Lea Kalt und Mitunterzeichnende betreffend Informationsfluss BAZ (Bundesasylzentrum) (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

11. Postulat Titus Meier betreffend Strategie zur Verbesserung des Steuersubstrats (wird vom Stadtrat abgelehnt)

* * *

Vorsitz: Markus Lang, Präsident
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber
Stimmzähler: Lea Kalt

* * *

Präsenz: Es sind 47 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Yolanda Dätwyler, Matthias Rüede und André Schwarz.

* * *

Das Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 2024 gilt in der vorliegenden Form als genehmigt. Eine Änderung auf Seite 458 «Barbara» anstatt «Julia» Geissmann.

* * *

Traktandum 1: Inpflichtnahme von Peter Friedli (FDP) aufgrund der Wahl von Yvonne Buchwalder-Keller als Mitglied des Stadtrates

Aufgrund der Wahl von Yvonne Buchwalder-Keller als Mitglied des Stadtrates rückt Peter Friedli als Mitglied des Einwohnerrates nach und wird an der heutigen Sitzung in Pflicht genommen.

Traktandum 2: Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 aufgrund der Wahl von Yvonne Buchwalder-Keller als Mitglied des Stadtrates

Peter Knecht: Die Fraktion der FDP schlägt Serge Läderach als Nachfolger von Yvonne Buchwalder-Keller als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 vor. Serge Läderach ist bereits seit dem Jahr 2006 Mitglied des Einwohnerrates.

Weitere Nominationen werden nicht gemacht. In der Abstimmung wird Serge Läderach ohne Gegenstimme gewählt. Er erklärt die Annahme der Wahl.

Traktandum 3: Einbürgerungen

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

Traktandum 4: Planungskredit für die Gebietsentwicklung Schulthess-Allee und Annerstrasse

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Die Gebietsentwicklung für den Schild zwischen der Schulthess-Allee und der Annerstrasse soll neu gestaltet werden. Das Gebiet stellt aufgrund ihrer zentralen Lage, direkt angrenzend an die Altstadt und als Verbindung zum Neumarkt und Bahnhof, sowie aufgrund des städtebaulichen Entwicklungspotenzials, einen wichtigen Ort für die Stadt dar. Der Planungsprozess hat gezeigt, dass es sich um ein sensibles Gebiet handelt. Die Entwicklung erfordert insbesondere wegen seiner Nähe zur Altstadt eine sorgfältige Interessensabwägung zwischen den Erhaltungszielen und den Verdichtungsinteressen. Im Hinblick auf den Neustart der Planung dieses Gebiets hat der Stadtrat im Jahr 2022 ein architekturhistorisches Gutachten zur Schutzwürdigkeit der beiden Bauten Müllerhaus und Alte Schmitte, sowie zum Entwicklungspotenzial des gesamten Schildes, erstellen lassen. Ausserdem hat der Stadtrat im Jahr 2023 die Bedürfnisse der verschiedenen Interessenvertretungen geklärt und mit diesen die wichtigsten Rahmenbedingungen für den Planungsprozess verbindlich festgelegt.

Als erster Schritt soll im Rahmen einer kooperativen Planung noch einmal eine Auslegeordnung der planerischen Rahmenbedingungen über den gesamten Planungssperimeter vorgenommen und der weitere Spielraum für die Gebietsentwicklung ausgelotet werden. Anschliessend sollen entsprechende Grundsätze wie zum Beispiel der Umgang mit Schutzobjekten, die Erschliessung, die Parkierung und die Freiräume verbindlich festgelegt werden. Gestützt auf diese Erkenntnisse soll ein Richtkonzept erarbeitet und ein städtebauliches Grundmuster für das gesamte Areal definiert werden. Der Stadtrat bittet den Rat, dem Planungskredit für die Gebietsentwicklung der Schulthess-Allee und der Annerstrasse zuzustimmen. Mit der Zustimmung erfolgt der erste Schritt zur Klärung der planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen. So können anschliessend die Stadt und die privaten Grundeigentümerschaften ihre Entwicklungsabsichten mittelfristig umsetzen.

Peter Knecht: Die Notwendigkeit der Gebietsentwicklung in der Schulthess-Allee und Annerstrasse ist für die Fraktion der FDP unbestritten. Die geplante Vorgehensweise des Stadtrates, zuerst die Bedürfnisse der einzelnen Stakeholders abzuholen, diese abzusichern und anschliessend zu planen, ist für die Fraktion der richtige Weg. Deshalb unterstützt die Fraktion der FDP den Planungskredit für die Gebietsentwicklung Schulthess-Allee und Annerstrasse.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP beantragt die Rückweisung des Geschäfts. Einmal mehr zeigt sich, dass solche Projekte die öffentliche Hand überfordert und sie besser die Finger davon lassen sollte. Das Vorgehen ist viel zu kompliziert. Die Einschätzung, dass die beiden Gebäude Müllerhaus und Alte Schmitte, welche beide Bauruinen sind, schützenswert sein sollen, verwundert die Fraktion der SVP. Es ist irrelevant, was Dritte über die Schutzwürdigkeit dieser Gebäude behaupten, es sei denn, sie beteiligen sich finanziell am Ausführungsprojekt. Die Fraktion kann nicht nachvollziehen, wieso eine externe Begleitung benötigt wird. Die Planung kann auch durch den Stadtrat, respektive durch die Abteilung Planung & Bau erfolgen.

Die Planung soll abgebrochen und die Grundstücke an einen Investor oder an mehrere Investoren verkauft werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass zum passenden Preis auch ein Mehrwert für die Bevölkerung entsteht.

Andrea Rauber: Die Fraktion der GLP ist erfreut, dass nun mit dem Planungsprozess wieder Bewegung in die Entwicklung dieses Gebiets kommt. Das Stadtbild mitten im Zentrum ist ein wichtiges Kriterium für dieses Gebiet. Darum ist es richtig, dass die verschiedenen Interessengruppen in die Planung des Projekts miteingebunden werden. Die Fraktion ist aber auch der Ansicht, dass die Planung kompliziert und langwierig angedacht ist. Daher wird der Stadtrat gebeten, den Prozess so rasch wie möglich durchzuführen.

Yves Gärtner: Die Fraktion der Grünen ist erfreut, dass der Stadtrat sich mit dem Potenzial dieses Gebietes auseinandersetzt. Wie bereits erwähnt, ist das Gebiet aufgrund seiner Lage sensibel zu planen. Der Anspruch an die räumliche und architektonische Qualität ist sehr hoch. Die Schutzobjekte verstärken diese Ansprüche zusätzlich. Aus Sicht der Fraktion der Grünen müssen die Leitplanken im Konzept zwingend ein paar Grundsätze berücksichtigen: Es muss ein autoarmes Wohnen an einem so zentralen Ort geprüft werden. Es sollen Freiräume geplant werden, damit ein allfälliges Bauprojekt in den räumlichen Kontext passt. Die Freiräume sowie die Schulthess-Alle sollen so aufgewertet werden, dass sie ein angenehmes Mikroklima gegen die sommerliche Überhitzung unterstützen. Die Aufenthaltsqualität sowie die Biodiversität müssen gefördert werden. Das setzt eine blau-grüne Infrastruktur voraus, was bedeutet, ein Baumvolumen zu erzielen, welches eine Luftzirkulation ermöglicht sowie Freiräume zu schaffen, in welchen sich die Menschen aufhalten und Kinder spielen können. Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag zustimmen.

Elias Gerber: Die Fraktion der EVP teilt die Ansicht, dass das Gebiet weiterentwickelt werden muss. Die Fraktion wünscht sich zudem, dass dieses sensible Gebiet mit Vorsicht geplant wird. Die Fraktion wünscht keine reinen Renditeobjekte an dieser zentralen Stelle der Stadt. Ganz nach dem Motto: Das geniale von Brugg zu entdecken, zu erhalten und massvoll weiterzuentwickeln.

Alexandra Dahinden: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP, welche die Pläne des Stadtrates zur Gebietsentwicklung unterstützt. Das kooperative Planungsverfahren mit Lead bei der Stadt wird begrüsst. Die Fraktion erwartet, dass das Verfahren transparent verläuft und dabei auch Interessengruppen berücksichtigt, welche nicht im Begleitgremium sind. Das sind unter anderem Kinder, Menschen mit Beeinträchtigung, Fussgänger und Andere. Im Gebiet sollen qualitativ hochstehende Freiräume entstehen. Bereits heute bietet das Gebiet Raum für Kultur und spontane Begegnungen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Es müssen günstige Wohnungen und gemeinnütziges Wohnen in diesem Gebiet ermöglicht werden. Der Zeitpunkt wäre nun ideal, dass die Diskussion über eine «Begegnungszone Zentrum Brugg» wieder aufgenommen wird.

Barbara Geissmann: Ich spreche für die Fraktion der Mitte. Die Fraktion sieht keine Gründe für einen Rückzug des Geschäfts und wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Es handelt sich um ein grosses und wichtiges Areal für die Stadt. Die Fraktion wünscht sich ein gelungenes Projekt, welches hoffentlich dann auch wirklich umgesetzt werden kann. Wichtig ist, dass alle Interessen und Bedürfnisse gewahrt werden können.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Stadtrat bittet den Rat, dem Rückweisungsantrag von Stefan Baumann nicht zu folgen. Damit Projekte in diesem Gebiet umgesetzt werden können, benötigt es planungs- und baurechtliche Voraussetzungen, welche von der Allgemeinheit akzeptiert werden. Ohne diese Voraussetzungen wird eine Realisierung in diesem Projekt schwierig. In diesem sensiblen Gebiet gibt es keinen schnellen Weg für die Realisierung eines Projekts. Es muss eine vorgängige Interessenabwägung erfolgen. Es muss in Etappen sichergestellt werden, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet, welcher von allen Interessengruppen getragen und akzeptiert wird.

Stefan Baumann: Die meisten Grundstücke in diesem Gebiet gehören der Stadt. Bedeutet das, dass die Stadt auf diesen Grundstücken auch selber bauen will?

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Welche Rolle die Stadt in diesem Bereich zukünftig hat, ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht definiert. Unabhängig, wer schlussendlich Eigentümerin und Bauherrin ist, muss zuerst definiert werden, was auf dem Gebiet überhaupt realisierbar ist. Auch wenn sich die Stadt entscheiden würde, sich von Grundstücken zu trennen oder Grundstücke im Baurecht abzugeben, ist es wichtig zu wissen, was auf diesem Gebiet machbar ist und was nicht.

Stefan Baumann: Wieso ist nicht klar, was in diesem Gebiet gebaut werden darf und was nicht? Es gibt dafür doch eine gültige Bau- und Zonenordnung.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Das Gebiet ist in der Bau- und Nutzungsordnung mit einer Gestaltungsplanpflicht überlagert. Die Gestaltungsplanpflicht setzt voraus, dass über die bestehenden Grundzonierungen zusätzlich ein Gestaltungsplan entwickelt werden muss. In diesem soll genauer definiert werden, was im entsprechenden Gebiet möglich ist und was nicht. Dies stellt einen Zwischenschritt dar, damit anschliessend ein Bauprojekt anhand des vorliegenden Gestaltungsplans bewilligt werden kann.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 7 Ja zu 39 Nein abgelehnt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen für die kooperative Planung im Schild Schulthess-Allee / Annerstrasse einen Bruttokredit von CHF 200'000 inkl. MWST bewilligen.»

mit 39 Ja zu 7 Nein zugestimmt.

Traktandum 5: Schützenmatt; Strassensanierung, Erneuerung Schmutz-/Sauberwasserleitung

Stadtrat Roger Brogli: Die Stadt plant Sanierungsarbeiten in der Schützenmatt. Diese Massnahmen umfassen die Erneuerung der Strasse einschliesslich der Kanalisation. Gleichzeitig wird die IBB Energie AG die Wasserleitung, Kabeltrassen für TV und Strom (Netzverstärkung) sowie die öffentliche Beleuchtung in diesem Bereich erneuern. Gegebenenfalls werden auch private Hausanschlüsse ersetzt. Für die Projektierung wurden bereits im Budget 2024 je CHF 20'000 für den Bereich Strassensanierung und für die Strassenentwässerung bereitgestellt.

Die Strasse in der Schützenmatt befindet sich in einem schlechten Zustand und erfüllt die Anforderungen der geltenden Normen nicht mehr. Aus diesem Grund muss die Foundationsschicht ersetzt werden. Gleichzeitig werden die Randabschlüsse ersetzt. Längs- und Quergefälle der Strasse werden nach Möglichkeit dem aktuellen Zustand entsprechend wiederhergestellt. Im westlichen Bereich der Schützenmatt bis zur Parzelle 1942 wird das Strassenabwasser durch Einlaufschächte gesammelt und an die neue Schmutzwasserleitung angeschlossen. Die restliche Entwässerung erfolgt über ein einseitiges Strassengefälle in vorhandene Grünrabatten, was den kantonalen Richtlinien entspricht.

Im Mai 2022 wurden Kanalfernsehaufnahmen im gesamten Projektbereich gemacht. Der gesamte Perimeter muss wegen undichter Normalbetonrohre und Schmutzwasserleitungen im schlechten Zustand durch Spezialbetonrohre erneuert werden. Ausserdem wird der Anschluss an die Kanalisation in der Zurzacherstrasse neu gestaltet, um das Schmutzwasser der Schützenmatt dort einzuleiten. Alle Hausanschlussleitungen werden an die neue Schmutzwasserleitung angeschlossen. Obwohl nicht als explizite GEP Massnahme definiert, macht es beim anstehenden Projekt (Strassenentwässerung und Werkleitungen werden ersetzt) aufgrund der geologischen Gegebenheit und den eingeschränkten Versickerungsmöglichkeiten Sinn, eine Sauberwasserleitung einzubauen. Das Gebiet Schützenmatt wird derzeit im Mischsystem entwässert. Um die Kläranlagen zu entlasten und sauberes Dachwasser nicht mit verschmutztem Wasser zu vermischen, soll gemäss dem Abwasserreglement eine separate Sauberwasserleitung bis zur Einmündung der Zurzacherstrasse eingerichtet werden. Diese Leitung wird in einen Vorfluter entwässert.

Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, dem Baukredit in der Höhe von CHF 1'185'000 inkl. 8.1 % MWST zuzüglich Teuerung ab Oktober 2023 (Bundesamt für Statistik Tiefbau Nordwestschweiz-Index Basis Oktober 2020 = 100, Stand Oktober 2023 = 117.3 Punkte) für die Sanierung der Strasse zuzustimmen. Ausserdem bittet der Stadtrat den Einwohnerrat, dem Baukredit in der Höhe von CHF 1'615'000 inkl. 8.1 % MWST zuzüglich Teuerung ab Oktober 2023 (Bundesamt für Statistik Tiefbau Nordwestschweiz-Index Basis Oktober 2020 = 100, Stand Oktober 2023 = 117.3 Punkte) für die Sanierung Schmutzwasserleitung und der Erstellung einer Sauberwasserleitung zuzustimmen.

Nadine Christen: Ich spreche im Namen der Fraktion die Mitte, für welche die Sanierungsarbeiten in der Schützenmatt unbestritten sind. Die Fraktion empfindet es als umsichtig, dass anlässlich der Belagssanierung gleichzeitig auch die Werkleitungen erneuert werden.

Jedoch hat der hohe Baukredit Anlass zu Diskussionen innerhalb der Fraktion geführt. Eine Nachfrage bei der Stadtverwaltung zum Quadratmeterpreis hat jedoch gezeigt, dass der veranschlagte Preis im Vergleich zu anderen bereits durchgeführten Strassensanierungsprojekten sogar tiefer ist. Darum kann die Fraktion die Mitte den Anträgen des Stadtrates so auch zustimmen.

Norma Lanzendörfer: Ich spreche für die Fraktion der Grünen. Wir begrüßen es, dass das Potenzial der Versickerung genutzt wird und eine Sauberwasserleitung erstellt wird. Die Fraktion wird den beiden Anträgen zustimmen.

Martin Brügger: Mein Dank geht an den Stadtrat. Das vorgelegte Projekt beinhaltet moderne Methoden zur Entwässerung. Die Fraktion der SP wird den Anträgen des Stadtrates folgen. Es ist für die Fraktion wichtig, dass mit dem Wasser umsichtig umgegangen wird. Die Fraktion legt ausserdem Wert darauf, dass die Projektverantwortung bei der Stadt bleibt. Anwohner sollten ermuntert werden, das Dach- und Sauberwasser versickern zu lassen. Die Gemeinde Fischbach-Göslikon hat beispielsweise für ihre Bevölkerung ein Anreizsystem für die Versickerung auf dem eigenen Grundstück geschaffen. Dies könnte für die Stadt Brugg auch geprüft werden.

Joya Süess: Ich spreche für die Fraktion der EVP. Die Fraktion begrüsst unter anderem den Einbau des Trennwassersystems sowie die Kommunikation mit den Anwohnern und wird deshalb den beiden Anträgen zustimmen.

Martin Brügger: Könnte die Sauberwasserleitung auf die gesamte Länge ausgeweitet und ergänzt werden?

Stadtrat Roger Brogli: Ich habe diese Frage, welche bereits vorgängig an diese Sitzung von David Hunziker an die Abteilung Planung & Bau gestellt wurde, mit dem GEP-Ingenieurbüro Porta AG besprochen. Die Abklärungen haben ergeben, dass es grundsätzlich möglich wäre. Jedoch müsste aufgrund der Platzverhältnisse ein anderes System gewählt werden, was die Erstellung eines Kombischachtes bedingen würde. Die Mehrkosten dafür würden zwischen CHF 40'000 bis CHF 50'000 betragen.

Martin Brügger: Ich stelle folgenden Änderungsantrag: «Die Sauberwasserleitung ist nach Möglichkeit auf die gesamte Länge zu ergänzen.»

Serge Läderach: Ich befürworte die Erweiterung der Sauberwasserleitung. Der genannte Betrag von CHF 40'000 bis CHF 50'000 ist so gering, dass sich mir die Frage stellt, ob man hier nicht einfach den Kredit erhöhen will oder die Auflage macht, den Auftrag in das vorliegende Geschäft einzubeziehen.

Andrea Rauber Saxer: Ich bin der gleichen Meinung wie Serge Läderach. Diese Erweiterung sollte in diesem grossen Projekt Platz finden. Ansonsten könnte immer noch ein Nachtragskredit gesprochen werden.

Martin Brügger: Ich gehe davon aus, dass dieser Betrag kein Problem für dieses grosse Projekt darstellen würde.

Damit ist die Diskussion zum Änderungsantrag erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Änderungsantrag «Die Sauberwasserleitung ist nach Möglichkeit auf die gesamte Länge zu ergänzen» mit 41 Ja zu 5 Nein zugestimmt.

Es folgen keine Wortmeldungen mehr. Damit ist die Diskussion zum Geschäft erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen einem Baukredit in der Höhe von CHF 1'185'000 inkl. 8.1 % MWST zuzüglich Teuerung ab Oktober 2023 (Bundesamt für Statistik Tiefbau Nordwestschweiz-Index Basis Oktober 2020 = 100, Stand Oktober 2023 = 117.3 Punkte) für die Sanierung der Strasse zustimmen.

mit 46 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen einem Baukredit in der Höhe von CHF 1'615'000 inkl. 8.1 % MWST zuzüglich Teuerung ab Oktober 2023 (Bundesamt für Statistik Tiefbau Nordwestschweiz-Index Basis Oktober 2020 = 100, Stand Oktober 2023 = 117.3 Punkte) für die Sanierung Schmutzwasserleitung und der Erstellung einer Sauberwasserleitung zustimmen. Die Sauberwasserleitung ist nach Möglichkeit auf die gesamte Länge zu ergänzen.»

mit 44 Ja zu 2 Nein zugestimmt.

Traktandum 6: Prüfung der Einführung einer öffentlichen Tagesschule

Herr Stadtrat Jürg Baur: Der vorliegende Bericht ist zur Kenntnisnahme und hat zum Ziel, den Rat über den aktuellen Stand der Abklärungen rund um das Thema öffentliche Tagesschule zu informieren. Aufgrund der Rückmeldungen der Fraktionen wird dies wohl kein abschliessender Bericht sein, sondern eher ein Zwischenbericht.

Eine Tagesschule bieten Möglichkeiten, Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Diese bietet für berufstätige Eltern oder alleinerziehende Mütter und Väter die Möglichkeit, die Gleichstellung vermehrt zu realisieren und zur Minderung des Fachkräftemangels beizutragen.

Die gesetzlichen Grundlagen für den Aufbau und die Führung einer Tagesschule sind das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung, das Schul- sowie das Gemeindegesetz. Der Kanton Aargau hat am 23. März 2023 einen entsprechenden Leitfaden für die Gemeinden erstellt.

Gerne möchte ich dem Rat die wichtigsten Beweggründe mitteilen, warum der Stadtrat zum heutigen Zeitpunkt noch keine Tagesschule umsetzen will. Es fehlen momentan die geeigneten Räumlichkeiten. Es gibt aktuell keinen geeigneten Standort, wo eine funktionierende Tagesschule ohne einen Neubau oder Zukäufe verwirklicht werden könnte. Auf allen Schulstufen steigt die Anzahl an Schülerinnen und Schülern, welche mehr Schulraum, Turnraum sowie grössere Aussenanlagen benötigen. Der Schulraum der Stadt ist zurzeit sehr knapp. Für die Führung einer Tagesschule müssen personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und nebst Elternbeiträgen, fallen zudem wiederkehrende Beiträge der für die Stadt an. Einen Pilotversuch zu starten, ohne die Sicherheit zu haben, dass das Projekt weitergeführt werden könnte, erachtet der Stadtrat als nicht zielführend. Ein weiterer Punkt ist, dass Brugg ein attraktives Angebot für die familienergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung stellt. Mit dem Angebot der Stadt besteht bereits heute die Möglichkeit einer modularen Tagesschule, bei welchem sich Familien ein passendes und flexibles Angebot zusammenstellen und nutzen können.

Potenzial zur Verbesserung sieht der Stadtrat im Bereich des übergeordneten pädagogischen Konzepts, welches zurzeit noch fehlt. Erste Gespräche mit den verantwortlichen Personen der kideal ag, Betreiberin der Tagesstern GmbH, haben bereits stattgefunden. Für den Stadtrat ist die pädagogische Qualität einer schulergänzenden Betreuung in drei Teilbereichen wichtig. Dies sind die pädagogischen Grundhaltungen und Werte sowie Erziehungsziele die Strukturqualität, welche die Öffnungszeiten und die Ausbildung des Betreuungspersonal beinhalten sowie die Prozessqualität mit der Interaktion zwischen den Mitarbeitenden und den Eltern. Letzte Woche hat der Stadtrat die aktuellen Schüler- und Finanzzahlen der Randstundenbetreuung zur Kenntnis erhalten. Dabei musste der Stadtrat feststellen, dass eine Optimierung dieser Betreuung stattfinden muss. Frühbetreuungen werden kaum genutzt und es gibt ausserordentlich viele «Taxifahrten». Mit diesem Wissen und den Rückmeldungen aus dem Rat, wird der Stadtrat, sofern der Einwohnerrat dem Stadtrat diesen Auftrag erteilt, eine Neu beurteilung vornehmen und dem Rat erneut Bericht erstatten.

Barbara Geissmann: Ich nehme die Ausführungen von Jürg Baur zur Kenntnis und bitte den Rat, dem Antrag des Stadtrates nicht zu folgen und mein Postulat noch nicht abzuschreiben.

Aus dem Bericht des Stadtrates geht hervor, dass die Stadt nach heutigem Stand keinen Platz für eine Tagesschule zur Verfügung hat. Auch nicht für ein Pilotprojekt mit zwei Klassenzügen. In Sachen Schulraumplanung ist zur Zeit jedoch vieles in Bewegung und es wird in den nächsten Jahren in der Stadt sowie in der Region einige Veränderungen geben. Darum ist es zu früh, eine Tagesschule bereits heute abzuschreiben und nicht in die zukünftige Planung des Schulraums zu integrieren. Meines Erachtens ist der Tagesstern mit seinen modularen Tagesstrukturen keine vollwertige Alternative zur öffentlichen Tagesschule, da dieser nicht für alle Schülerinnen und Schüler flächendeckende Angebote gewährleistet. Eine Tagesschule bietet auch ein soziales Umfeld und organisatorisch einfachere Tagesabläufe als der Tagesstern. Es wäre interessant zu erfahren, ob so ein komplettes Betreuungsangebot an einem Standort auch tatsächlich teurer ist, als Tagesstrukturen an allen Standorten vollständig auszubauen. Dies wird im Bericht leider nicht erwähnt. Es fehlt meiner Ansicht nach auch eine Analyse über den Bedarf. Das Angebot einer Tagesschule spricht ein breites Publikum an und steigert die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnsitz für junge Familien. Brugg ist ein Bildungszentrum mit Oberstufen, Berufsschulen, Fachhochschulen und hoffentlich bald auch einer Kantonsschule. Da sollte man es sich gut überlegen, ob man nicht in eine Tagesschule investieren will.

Ruedi Füchslin: Ich spreche für die Mehrheit der Fraktion der FDP, welche erfreut ist, dass die nötige Weiterentwicklung der Tagesstrukturen durch den Stadtrat erkannt wurde. Eine Tagesschule kann den Wohnstandort attraktiver machen. Die Bedenken des Stadtrates kann die Fraktion jedoch nachvollziehen. Es ist unbestritten, dass die dafür nötige Administration kompliziert ist. Wenn aber die Administration und die Realität nicht zusammenpassen, dann ist dies vor allem ein Problem der Administration. Die Fraktion wünscht, dass für die zukünftige Schulraumplanung die Möglichkeit von modularen Gebäudeeinheiten ernsthaft geprüft wird. Die Fraktion bittet den Rat, der Abschreibung des Vorstosses nicht zuzustimmen.

Gina Sträuli: Die Fraktion der Grünen ist gegen die Abschreibung des Postulats von Barbara Geissmann. Bei der Stadt Baden besteht bereits seit 25 Jahren eine Tagesschule. Das Modell einer Tagesschule wird im Bericht des Stadtrates als unrealistisch betitelt. Jedoch zeigt das geführte Modell in Baden, dass eine Tagesschule sehr gut funktionieren kann. Es gäbe auch die Möglichkeit, Schulcontainer für ein mögliches Pilotprojekt aufzustellen. Auch bei der Schule Ländli in Baden werden Schulcontainer genutzt. Die Tagesschule würde auf jeden Fall die Attraktivität des Schulstandortes Brugg erhöhen. Positive Effekte einer Tagesschule sind zudem eine hohe Lernmotivation, präventiv für Sucht und Gewalt und fördern prosoziales Verhalten.

Salome Schneider: Im Kanton Aargau gibt es bereits einige Gemeinden, welche eine Tagesschule anbieten. Diese arbeiten alle mit dem Kanton, gemäss dessen Leitfaden, zusammen. Wir wünschen uns, dass die Stadt hier auf die Erfahrungen des Kantons und den anderen Gemeinden zurückgreift und davon profitiert. Eine Zusammenarbeit mit diesen Gemeinden ist wünschenswert. Die Stadt Zürich hat seit 2015 30 Schulen mit einer Tagesschule. Auch hier könnte ein grosser Erfahrungswert abgeholt werden. Wichtig ist, dass die Tagesschule die bereits bestehenden familienergänzenden Tagesstrukturen und Kinderbetreuungsangebote ergänzen und nicht ersetzen soll.

Colette Degrandi: Für die Fraktion der GLP stellt die Tagesschule sicher, dass Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Es gibt den Eltern die Sicherheit, dass ihre Kinder zuverlässig betreut werden, was einer grossen emotionalen Entlastung entspricht. Da in den nächsten Jahren sowieso Schulraum geschaffen werden muss, soll ebenfalls eine Tagesschule miteingeplant werden. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, welche Kosten eine Tagesschule ungefähr verursachen würde. Die Fraktion der GLP stimmt gegen die Abschreibung des Postulats.

Barbara Müller: Die Fraktion der EVP bedankt sich beim Stadtrat für die Prüfung der Einführung einer öffentlichen Tagesschule. Sie nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis. Die im Bericht aufgeführten Gründe gegen die Einführung einer öffentlichen Tagesschule, wie es das Postulat fordert, scheinen der Fraktion plausibel. Die Fraktion stimmt dem Stadtrat zu, dass in der Stadt bereits ein attraktives Angebot an schulergänzender Tagesbetreuung besteht und die Gleichbehandlung von Familien gewährleistet ist. Gemäss Bericht wird der Stadtrat die Einführung einer öffentlichen Tagesschule im Zusammenhang mit einem Neubau oder Sanierung des Schulraums im Stadtzentrum wieder prüfen. Die Fraktion befürwortet die Abschreibung des Postulats.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen den Bericht zur Prüfung einer öffentlichen Tagesschule zur Kenntnis nehmen und das Postulat Barbara Geissmann von der Geschäftskontrolle abschreiben.»

Abstimmung betreffend Abschreibung:

mit 9 Ja zu 36 Nein nicht zugestimmt.

Traktandum 7: Motion Titus Meier betreffend Sammlungsauftrag für Brugger Literatur «Bruggensia» durch die Stadtbibliothek (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Stadträtin Yvonne Buchwalder: An der Sitzung des Einwohnerrates vom 1. September 2023 wurden von Titus Meier zwei Motionen und ein Postulat mit Bezug zur Stadtbibliothek eingereicht. Der Stadtrat hat zu den drei Vorstössen ein Factsheet erstellt. Mit nachfolgendem Bericht nehme ich zu allen Vorstössen Stellung.

Die Stadtbibliothek ist als öffentliche Bibliothek konzeptioniert und einzustufen. Sie ist für die bibliothekarische Grundversorgung der Stadt verantwortlich. Der Medienbestand ist laufend zu pflegen, zu aktualisieren, zu erweitern und weiterzuentwickeln. Dies gewährleistet, den wandelnden Erwartungen, Bedürfnissen und Interessen der Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Indikatoren für die nachgefragten Medien sind die Ausleihfrequenzen. Veraltete Medien und solche mit kleinen Ausleihzahlen werden aus dem Bestand entfernt. Eine jährliche Bestandserneuerung im Umfang von 10 bis 20 Prozent der Medien wird empfohlen.

Das systematische Sammeln und die fachgerechte langfristige Archivierung von gedruckten und elektronischen Publikationen ist eine gesetzliche Aufgabe des Staatsarchivs resp. von Bibliothek und Archiv Aargau. Die Kantonsbibliothek ist diesbezüglich mit einem entsprechenden Sammlungsauftrag für den ganzen Kanton Aargau beauftragt. Diese verfügen über das notwendige Personal und sind mit den notwendigen Einrichtungen zur Aufbewahrung der gesammelten Medien ausgestattet, insbesondere auch für die Aufbewahrung von historisch wertvollen Büchern.

Seit dem Umzug in den Effingerhof erfüllt die Stadtbibliothek mit 360 m² Bibliotheksraum und 340 m² Gemeinschaftsfläche (Veranstaltungsraum, Foyer, Café) knapp die räumlichen Richtwerte, die von Bibliosuisse für einen Ort mit 13'000 Einwohnerinnen und Einwohnern empfohlen sind. Lager- und Archivflächen sind keine vorhanden und Einrichtungen für die fachgerechte Aufbewahrung von historischen Medien haben keinen Platz. Sie sind für eine öffentliche Bibliothek auch nicht vorausgesetzt. Dementsprechend kann und muss die Stadtbibliothek Brugg keinen Sammlungsauftrag erfüllen.

Das systematische Sammeln und die fachgerechte langfristige Archivierung von gedruckten und elektronischen Publikationen zu und aus dem Kanton und den aargauischen Gemeinden ist eine gesetzliche Aufgabe von Bibliothek und Archiv Aargau. Dementsprechend ist diese Institution mit den notwendigen personellen und räumlichen Ressourcen ausgestattet. Öffentlichen Bibliotheken sind nicht verpflichtet, diese Aufgabe ebenfalls zu übernehmen. Aufgrund der fehlenden Platzreserven und Einrichtungen der Stadtbibliothek Brugg sowie des ohne diese Zusatzaufgabe berechneten Budgets und Personalbestands ist es nicht sinnvoll und zielführend, der Stadtbibliothek Brugg einen Sammlungsauftrag für Brugger Literatur («Bruggensia») zu erteilen. Zudem führt die Stadtbibliothek Brugg auch ohne Sammlungsauftrag einen kleinen, zugänglichen und ausleihbaren Bestand mit Werken über Brugg und von Autorinnen und Autoren mit Bezug zu Brugg. Die Ausleihfrequenzen dieses Bestandes sind sehr marginal.

Die Ausleihstatistik zeigt, dass diese Medien sehr selten oder gar nicht ausgeliehen werden. Im Jahr 2023 wurden 44 Titel mindestens einmal ausgeliehen. «Bestseller» sind jeweils die aktuellen Brugger Neujahrsblätter. Dieser Bestand wird ebenfalls gepflegt und vor allem mit Neuzugängen erweitert. Eine Auslistung erfolgt nur sporadisch. Archivierungswürdige Medien werden dann dem Stadtarchiv übergeben. Generelle Erfahrungen in öffentlichen Bibliotheken zeigen zudem, dass klassische Literatur (z.B. Goethe, Schiller, Dürrenmatt, Frisch) wenig nachgefragt und ausgeliehen wird. Aufgrund des beschränkten Platzes in der Stadtbibliothek Brugg ist es daher nicht sinnvoll und zielführend, klassische Werke im Medienangebot zu führen. Zudem ist der budgetierte Kredit für die Medienbeschaffung begrenzt. Er reicht knapp aus, um die Bestandserneuerung in den Sparten mit grossen Ausleihfrequenzen in ausreichender Menge umzusetzen.

Die an Bibliothek und Archiv Aargau sowie an die Nationalbibliothek weiter gegebenen Medien dienen zur Ergänzung deren eigenen Bestands sowie allenfalls zum Ersatz von Exemplaren in einem schlechten Zustand. Auf Nachfrage haben die beiden Institutionen bestätigt, dass übernommene Medien mit «Brugger Bezug» nicht zu Doubletten in ihrem Bestand geführt haben. Aus diesem Grund besteht kein Anlass, Doubletten zurückzufordern.

Aufgrund der dargelegten Gründe empfiehlt der Stadtrat dem Einwohnerrat, die Motionen «Sammlungsauftrag» und «Zweckartikel» sowie das Postulat «Zurückholen Altbestand» von Titus Meier betreffend Stadtbibliothek Brugg nicht zu überweisen.

Titus Meier: Ich spreche zuerst über die Motion «Sammlungsauftrag». Die Stadtbibliothek ist heute eine städtische Einrichtung und verursacht jährliche Kosten in der Höhe von rund CHF 400'000. Die Stadtbibliothek war früher ein Verein mit einem Sammlungsauftrag, unter anderem für Brugger Literatur. Nach dem neuen Konzept des Stadtrates ist dies nicht mehr möglich. Die Literatur muss nun in Aarau kostenpflichtig bezogen werden, was eine schlechte Dienstleistung für Einwohnerinnen und Einwohnern von Brugg darstellt. Der Kanton hat einen Sammlungsauftrag über den ganzen Kanton, jedoch nicht über jede einzelne Gemeinde. Der Stadtrat teilt mit, dass es im Onlinekatalog der Stadtbibliothek über hundert Treffer zum Thema Brugger Literatur gibt. Diese Treffer beinhalten jedoch 130 Neujahrsblätter, welche auch digital und kostenlos einzusehen sind.

Mit meiner Motion fordere ich, dass die Stadtbibliothek einen Sammlungsauftrag über Literatur der Stadt erhält. Es muss die Möglichkeit bestehen, Informationen über die Stadt in der Bibliothek in Brugg zu finden. Ausser den Neujahrsblättern werden pro Jahr vielleicht ein bis zwei Literaturen über Brugg veröffentlicht. Somit würde sich der Aufwand für den Sammelauftrag sehr in Grenzen halten. Dafür benötigt man kein zusätzliches Personal. Ich bemängle, dass das Bewusstsein für diese Literatur fehlt. Dies auch deshalb, weil es im Konzept des Stadtrates nicht vorgesehen ist. Zum Beispiel sind historische Bücher über den Süssbach, das Kinderheim, das Bad Schinznach oder das Wasserschloss in Brugg nicht mehr zu finden. Diese müssen in Aarau gesichtet werden. Die Stadtbibliothek wird von vielen Schülerinnen und Schülern unter anderem für Rechercheaufgaben genutzt. Diese profitieren davon, dass die Bibliothek mit entsprechender Literatur in unmittelbarer Nähe ist.

Silvan Brügger: Ich spreche für mich und werde sämtliche Anträge von Titus Meier unterstützen. Ich bin auch der Ansicht, dass der Aufwand für einen Sammlungsauftrag überschaubar ist. Dieses Angebot an Brugger Literatur muss die Stadtbibliothek anbieten.

Nadine Christen: Ich spreche im Namen der Fraktion die Mitte. Das Anliegen für einen Sammlungsauftrag ist durchaus nachvollziehbar. Dem Factsheet kann jedoch entnommen werden, dass für einen Sammlungsauftrag die räumlichen und personellen Ressourcen fehlen. Die Ausleihstatistik zeigt zudem, dass diese Medien sehr selten oder gar nicht ausgeliehen werden. Da die Stadtbibliothek keinen Sammlungsauftrag erfüllen muss und dies aufgrund der genannten Gründe im Factsheet auch nicht kann, ist die Fraktion die Mitte gegen die Überweisung des Vorstosses von Titus Meier.

Norma Lanzendörfer: Was würde dagegensprechen, die geringe Anzahl an Bücher digital zur Verfügung zu stellen?

Titus Meier: Ich habe diese Frage dem Stadtrat gestellt. Laut seiner Aussage besteht kein Interesse, die Bücher zu digitalisieren. Wobei es bei meinem Vorstoss vorgängig um den Sammelauftrag geht, damit man diese Bücher in der Stadtbibliothek überhaupt besitzt. Die Art der Zurverfügungstellung der Medien ist ein anderer Punkt, welcher noch zu diskutieren ist.

Serge Läderach: Um dem Platzproblem entgegenzuwirken könnten die Bücher ja einfach digitalisiert werden.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird die Motion mit 35 Ja gegen 8 Nein überwiesen.

Traktandum 8: Motion Titus Meier betreffend Anpassung des Reglements der Stadtbibliothek (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Herr Titus Meier: Ich wünsche, dass das Reglement der Stadtbibliothek durch einen Zweckartikel zu ergänzen ist. Aktuell kann der Einwohnerrat nur über das Budget Einfluss auf die Tätigkeit der Stadtbibliothek nehmen. Es ist jedoch unbefriedigend, wenn die Steuerung nur über die Finanzen und nicht über die Zielsetzung möglich ist. Durch eine Anpassung des Reglements der Stadtbibliothek soll der Einwohnerrat die Gelegenheit erhalten, die Ziele der Stadtbibliothek festzulegen. Deren konkrete Umsetzung soll jedoch weiterhin im Kompetenzbereich des Stadtrates beziehungsweise der Leitung der Stadtbibliothek liegen. Anlässlich der Besichtigung der neuen Räumlichkeiten durch den Einwohnerrat wurde verschiedentlich nach Büchern gefragt, die vermisst worden sind. Beispielsweise Schweizer Klassiker wie Friedrich Dürrenmatt oder Max Frisch. Die Antwort lautete dabei jeweils, das sei mit dem aktuellen Konzept nicht vorgesehen. Das ist unbefriedigend angesichts der Tatsache, dass die Stadt jedes Jahr über CHF 400'000 für die Stadtbibliothek ausgibt.

Lea Kalt: Ich spreche in meinem Namen. Ich habe Germanistik studiert und arbeitete lange Zeit in einer Buchhandlung. Ich bin jemand, der gerne Klassiker liest. Aber trotzdem spreche ich mich gegen die Motion von Titus Meier aus. Ich bin der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Einwohnerrates ist, über das Angebot der Stadtbibliothek zu bestimmen. Dies soll im Aufgabenbereich des Fachpersonals der Stadtbibliothek bleiben.

Titus Meier: Der Einwohnerrat hat bei anderen Geschäften mit kleineren Summen den Anspruch, ins operative Detail einzugreifen. Wieso sollte dies hier nicht möglich sein?

Ruedi Füchslin: Wenn der Einwohnerrat jährlich einen so hohen Beitrag für die Stadtbibliothek spricht, hat er auch das Recht und die Pflicht, einen solchen Zweckartikel zu formulieren.

Yves Gärtner: Ich kann nicht nachvollziehen, was in diesem Zweckartikel stehen soll. Deshalb bitte ich den Rat diese Motion nicht an den Stadtrat zu überweisen. Titus Meier bitte ich, konkrete Angaben zu einem solchen Zweckartikel zu machen, damit der Rat weiss, wovon eigentlich gesprochen wird. Die Vorstellungen und Wünsche an das Angebot einer Bibliothek sind doch sehr individuell. Einen solchen Zweckartikel umzusetzen ist sehr schwierig. Für das Angebot ist das Fachpersonal der Bibliothek zuständig. Diese machen einen hervorragenden Job und bringen die nötige Erfahrung dafür mit.

Titus Meier: Es geht vorgängig darum, dass der Stadtrat den Auftrag erhält, für das Reglement einen Zweckartikel zu formulieren und diesen dem Einwohnerrat unterbreitet.

Andrea Rauber Saxer: Die neue Stadtbibliothek ist ein grosser Erfolg. Das Konzept hat sich bewährt. In der heutigen Zeit kann man froh sein, dass vor allem auch die jüngeren Menschen überhaupt noch lesen. Man sollte ihnen dann nicht noch vorschreiben, was sie zu lesen haben.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird die Motion mit 21 Ja gegen 20 Nein überwiesen.

Traktandum 9: Postulat Titus Meier betreffend Zurückholen der verschenkten Brugger Bücher (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Herr Titus Meier: Der Stadtrat wird ersucht, die aus dem Bestand der Stadtbibliothek an die Kantonsbibliothek oder an die Nationalbibliothek verschenkten Bücher mit Brugger Bezug zurückzuholen, sofern sie in den betreffenden Institutionen als Doubletten vorhanden sind. Es soll mit diesem Postulat vor allem ein Zeichen gesetzt werden, dass es falsch war, diese Bücher wegzugeben.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 23 Ja gegen 21 Nein überwiesen.

Traktandum 10: Postulat Pascal Ammann, Alexandra Dahinden, Lea Kalt und Mitunterzeichnende betreffend Informationsfluss BAZ (Bundesasylzentrum) (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Vizeammann Reto Wettstein: Die Stadt kommt dem Anliegen der Postulanten nach, in einem Kapitel auf der Homepage der Stadt transparent und laufend über die Entwicklungen rund um das Bundesasylzentrum zu informieren. Informationen zur aktuellen Belegung, Verteilung der Nationalitäten, wie viele abgewiesene Menschen, etc. müssen durch das SEM zur Verfügung gestellt werden. Das SEM hat dem Stadtrat mitgeteilt, dass diese Daten zwar durch das SEM aufbereitet werden, diese jedoch nicht auf der Seite der Stadt verlinkt werden können. Grund dafür ist, dass diese Angaben stark variieren und schnell ändern. Eine ständige Aufbereitung aktueller Daten würde zu einem überdurchschnittlichen Aufwand führen.

Der Stadtrat dankt für das Postulat, welches aus seiner Sicht erfüllt ist. Er hofft, dass der Vorstoss zur Zufriedenheit des Rates erfüllt wurde.

Pascal Ammann: Ich danke dem Stadtrat für die Entgegennahme des Postulats und aus Sicht der Postulanten für die Teilumsetzung des Vorstosses. Die Intention des Postulates war, mit einem aktiven Informationsfluss gegen Unsicherheiten in der Bevölkerung vorzugehen. Hierfür genügt die aufgeschaltete Unterseite auf der Homepage der Stadt nicht. Die Postulanten wünschen einen transparenten und laufenden Informationsfluss. Ein Factsheet über die Begleitgruppe ist auf der Homepage nicht ersichtlich. Die Postulanten würden es begrüßen, wenn eine Zusammenfassung des Protokolls der Sitzung der Begleitgruppe veröffentlicht werden würde. Somit könnte gewährleistet werden, dass die Bevölkerung laufend und aktuell informiert ist. Eine direkte Schnittstelle zum SEM ist unerlässlich, damit auch Fragen aus der Bevölkerung zeitnah beantwortet und Informationen eingeholt werden können. Ich begrüße es, dass der Stadtrat bereits aktiv geworden ist und hoffe, dass dieser Informationskanal noch ausgebaut wird.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 11: Postulat Titus Meier betreffend Strategie zur Verbesserung des Steuersubstrats
(wird vom Stadtrat abgelehnt)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Stadtrat wird ersucht, in einem Bericht Massnahmen aufzuzeigen, wie die durchschnittlichen Steuererträge bei unverändertem Steuerfuss mittelfristig erhöht werden können. Der Stadtrat lehnt das Postulat aus folgenden Gründen ab. Mit der im Jahr 2022 in Kraft gesetzten, revidierten Bau- und Nutzungsordnung hat die Stadt die rechtliche Grundvoraussetzung geschaffen, auf dem begrenzten vorhandenen Siedlungsraum mit einer qualitätsbewussten Innenentwicklung Mehrwert zu schaffen und die Stadt als Regionalzentrum mit einer starken Identität zu positionieren. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit den Planungsinstrumenten Bau- und Nutzungsordnung, KGV, NLEK und einer erfolgreichen Umsetzung des Legislaturprogramms, insbesondere der geplanten Gebietsentwicklung, gute Grundlagen für eine Steigerung der Standortattraktivität und für eine mittelfristige Zunahme der Steuererträge vorhanden sind.

Herr Titus Meier: Ich bin überrascht, dass in den Ausführungen des Stadtrates zur Ablehnung meines Postulats nur über die Abklärungen des Handelszeitungsrankings geschrieben wurde, jedoch nicht über mein eigentliches Anliegen, wie man das Steuersubstrat bei gleichbleibendem Steuerfuss vergrössern kann. Hierbei hatte die Stadt in den letzten Jahren, im Vergleich zu anderen Gemeinden, eine unterdurchschnittliche Entwicklung. Der Stadtrat benötigt eine geeignete Steuerstrategie für eine Verbesserung des Steuersubstrats. Es muss eine Standortbestimmung über die Gründe gemacht werden, weshalb die Stadt in diesem Bereich eine andere Entwicklung erlebt hat, als andere Gemeinden. Zudem soll Verbesserungspotenzial aufgezeigt werden.

Reto Bertschi: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP, welche das Postulat von Titus Meier unterstützt. Die ablehnende Haltung des Stadtrates kann die Fraktion nicht nachvollziehen. Die Verbesserung des Steuersubstrates liegt im Interesse von allen Einwohnerrinnen und Einwohnern. Durch Mehreinnahmen bei den Steuern könnte ein ausgeglichenes Budget erreicht werden und man könnte ohne die Erhöhung des Steuerfusses die nötigen Investitionen für die Attraktivitätssteigerung der Stadt realisieren. Dabei denkt die Fraktion der SP vor allem an die Erweiterung des Schulraums, Sanierung des Hallenbades, Schöneggpark und Weiteres. Auch viele Gebiete müssen nachhaltig weiterentwickelt und neugestaltet werden. Alle diese Entwicklungen fördern die Attraktivität der Stadt und der Region Brugg. Die Fraktion vermisst ein professionelles Standortmarketing, welches diesen Entwicklungsprozess positiv begleiten könnte und dadurch für eine Steigerung des Steuersubstrats sorgen könnte. Die Standortförderung wird durch Brugg Regio übernommen. Brugg Region wird zurzeit durch einen Gemeindeammann einer Landgemeinde präsiert. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Präsidium aufgrund seiner Grösse durch eine Vertretung der Stadt Brugg geführt werden sollte. Warum ist dieses wichtige Amt nicht durch eine Vertretung der Stadt Brugg besetzt? Ich bitte den Rat um Überweisung des Postulates von Titus Meier.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP unterstützt ebenfalls das Postulat von Titus Meier. Die Fraktion kann nicht nachvollziehen, weshalb der Stadtrat dies nicht von sich aus bereits macht.

Adriaan Kerkhoven: Die Fraktion der GLP unterstützt den Vorstoss von Titus Meier ebenfalls. Die Fraktion ist auch der Ansicht, dass die Stadt noch mehr Lebensqualität benötigt. Die Aussenquartiere müssen aufgewertet werden. Die Begrünung und die Prävention gegen die Hitze sind wichtige Punkte, damit sich die Menschen in Brugg wohl fühlen.

Angelika Curti: Die Tagesschule, über die der Rat heute debattiert hat, könnte ebenfalls ein wichtiger Standortvorteil für Brugg sein. Aufgrund einer Tagesschule könnten gutverdienende Ehepaare nach Brugg ziehen.

Barbara Horlacher: Gerne beantworte ich noch die Frage von Reto Bertschi bezüglich der Rolle des Stadtrates Brugg im Planungsverband von Brugg Regio. Der Planungsverband Brugg Regio ist für den gesamten Bezirk tätig. Alle Gemeinden des Bezirks Brugg sind Mitglied in diesem Planungsverband und stellen eine Vertretung im Vorstand. Die Stadt Brugg stellt aufgrund der Einwohnerzahl deren zwei. Der Planungsverband verfolgt zwei Hauptaufgaben: Die eine ist im Bereich der Raumplanung und die andere ist die Standortförderung. Hier gibt es auch ein Standortförderungskonzept, welches durch die Mitgliedsgemeinden sowie durch Vertreter der Wirtschaft und Tourismusorganisationen definiert und erarbeitet wurde. Die Stadt Brugg wird durch den Vizeammann und mich vertreten. Als Vizepräsidentin des Verbandes bin ich zudem Mitglied der Geschäftsleitung. Die Stadt Brugg hat so einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der Region. Aber auch ländliche Gemeinden und deren Interessen müssen mit einem angemessenen Gewicht vertreten sein.

Martin Brügger: Ich bin trotzdem der Ansicht, dass Brugg den oder die Präsidenten/Präsidentin von Brugg Regio stellen sollte und nicht nur die zweite Geige dabei spielt. Zuerst werden nämlich immer die Präsidentinnen oder die Präsidenten angehört.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 39 Ja gegen 6 Nein überwiesen.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Kleine Anfrage Yves Gärtner betreffend Versand von Beilagen Dritter bei Schreiben der Stadt Brugg
- Kleine Anfrage Adriaan Kerkhoven betreffend Aufwertung der Quartiere - Entsorgung Altpapier und Karton in den Gemeindeteilen Bruggs
- Postulat Julia Grieder betreffend Gratis-Parkplätze im «Simmengut»
- Kleine Anfrage Angelika Curti betreffend Petitionen für lokale Tempo-30-Zonen

Der Präsident macht folgende Mitteilung:

- Vorgängig an die Sitzung vom 28. Juni 2024 findet um 19.00 Uhr für die Mitglieder des Einwohnerrates eine Einführung ins neue CMI Sitzungstool statt.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Der Präsident:



Der Aktuar:

